

Strauß den Kopf in den Sand stecken, weil sie nicht anerkennen wollen, was ist und was existiert, so können wir ihnen halt nicht helfen. Aber man soll uns nicht dafür verantwortlich machen, wenn diese törichte Haltung selbst Regelungen einfacher Dinge erschwert oder unmöglich macht, weil sie durch die Bonner Revanchepolitik und die Alleinvertretungsanmaßung zu einer prinzipiellen Frage, zu einer Frage der Würde, der staatlichen Autorität und Souveränität werden.

Wir bedauern sehr, daß die SPD in Westberlin ihre öffentlich erklärte Bereitschaft zur Wandlung durch Annäherung und von der Annäherung zur Verständigung unter dem Druck der CDU/CSU-Führung nicht weiter verfolgt hat. Anders können wir die gegenwärtige Haltung nicht einschätzen.

Die westdeutsche Sozialdemokratie hat in den Auseinandersetzungen um das Auftreten führender Persönlichkeiten der SED in der westdeutschen Bundesrepublik selbst feststellen müssen, daß die Alleinvertretungsanmaßung der Bonner Regierung und die ihr zugrunde liegende aggressive und widersinnige Gesetzgebung und Justizanmaßung den Spielraum für eine Verständigung der deutschen Staaten beinahe auf Null eingengt haben. Wir sind der Überzeugung, daß es Sache der SPD ist, hier den Weg zu öffnen. Die CDU/CSU wird das nicht tun.

Dem Parteivorstand der SPD gefällt nicht unsere Berufung auf die Notwendigkeit der Sicherung der Staatsgrenzen der DDR. Er meint, das seien keine Staatsgrenzen. Nun haben aber die beiden deutschen Staaten seit ihrer Gründung, seit fast siebzehn Jahren, Grenzen mit verschiedenen Staaten. Und auch die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten ist eine Staatsgrenze. Die Grenze verliert doch nicht ihren Charakter als Staatsgrenze, weil es sich um zwei deutsche Staaten handelt. Die Bezeichnung Staatsgrenze entspricht also den realen Verhältnissen, die sich infolge der Spaltung Deutschlands durch die USA und die in Westdeutschland herrschenden großkapitalistischen Kreise entwickelt haben.

Mit dem Begriff „Schutz der Staatsgrenze“ bringen wir unter anderem auch zum Ausdruck, daß der sozialistische deutsche Staat *um jeden Preis* gesichert und geschützt wird. Die westdeutschen Revanchepolitiker verfolgen mit der Ablehnung des Begriffes Staatsgrenze einen ganz besonderen Zweck. Sie fürchten nämlich, im Falle des von ihnen geplanten verdeckten Krieges gegen die DDR, bei Anerkennung der Grenze als Staatsgrenze, als Aggressor gebrandmarkt und verurteilt zu